



Beschluss

vom 9. August 2005

Nr. 0790

Postulat

Postulat Christian Hostettler: Abstimmungspropaganda wird in und an öffentlichen Gebäuden nicht mehr toleriert; Frage der Erheblicherklärung

Die Direktion Soziales und Sicherheit berichtet im Einvernehmen mit der Direktion Inneres und Finanzen:

Christian Hostettler und 13 Mitunterzeichnende reichten am 24. Mai 2005 ein Postulat betreffend Abstimmungspropaganda in und an öffentlichen Gebäuden ein (vgl. Beilage).

Der Stadtrat nimmt zur Erheblicherklärung wie folgt Stellung:

Das Anbringen politischer Werbung an Gebäuden des Verwaltungsvermögens und des Finanzvermögens ist nicht gestattet. Politische Werbung im öffentlichen Raum ist hingegen dort zulässig, wo der Stadtrat Plakatflächen an die Allgemeine Plakatgesellschaft konzidiert hat. Wird an öffentlichen Gebäuden unzulässigerweise politische Werbung angebracht, wird diese entfernt, bei Liegenschaften des Finanzvermögens im Einvernehmen mit dem Liegenschaftsamt.

Auch im Rahmen des städtischen Kleinplakatierungskonzeptes ist politische Werbung nicht zugelassen. Die Grabenhalle stellt insofern einen Sonderfall dar, als dieses ehemalige Turnhallegebäude der Interessengemeinschaft Aktionshalle Graben von der Stadt aufgrund eines Gebrauchsleihevertrags für nichtkommerzielle, kulturelle Veranstaltungen unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird. Der IG Aktionshalle Graben obliegt die Verwaltung des Gebäudes hinsichtlich Belegung, Aufsicht und kleinem Unterhalt. Ihr steht auch das Recht des Plakatierens an den dafür vorgesehenen Plakatierungsstellen an der Aussenfassade zu. Diese Plakatierungsstellen sind nicht Bestandteil des Kleinplakatierungskonzeptes der Stadt und werden von der IG im Einvernehmen mit der Kulturbeauftragten der Stadt in Eigenverantwortung benützt. Dies gibt der IG die Möglichkeit, für die in der Grabenhalle stattfindenden Anlässe Werbung zu machen. Die Zweckbestimmung des Gebrauchsleihevertrags lässt eine



Benützung dieser Plakatierungsstellen für politische Zwecke nicht zu. Was die im Postulat erwähnten Plakate gegen das Polizeireglement an und in der Grabenhalle betrifft, hat der Stadtpräsident bei der IG Aktionshalle Graben schriftlich interveniert und mit Blick auf die kulturelle Zweckbestimmung des Gebäudes verlangt, Plakate mit Abstimmungswerbung weder aussen noch im Gebäudeinnern zu dulden.

Die im Einzelnen gestellten Fragen können wie folgt beantwortet werden:

1. In den Miet- bzw. Gebruuchsleiheverträgen der Stadt mit kulturellen Institutionen bestehen keine Bestimmungen über das Plakatieren. Die Plakatstellen von Theater, Tonhalle, Kellerbühne und Grabenhalle werden von diesen Institutionen selbst verwaltet. Diese eigenverantwortliche Bewirtschaftung hat in der Vergangenheit nie zu Beanstandungen Anlass gegeben. Die Aufnahme einer Bestimmung in den Miet- bzw. in den Gebruuchsleiheverträgen, welche Abstimmungswerbung verbietet, erscheint vor dem geschilderten Hintergrund weder notwendig noch verhältnismässig. Zudem kann auch bei grösster Aufmerksamkeit nicht ausgeschlossen werden, dass Plakate „wild“, also ohne Wissen der Verantwortlichen, angebracht werden.
2. Die Ergänzung des Kleinplakatierungskonzeptes mit einer Bestimmung, welche die Anbringung sämtlicher Abstimmungspropaganda untersagt, ist nicht notwendig. Gemäss Konzept für die Kleinplakatierung sind die offiziellen Kleinplakatierungsstellen nämlich für Veranstalter und Vereine reserviert, die in der Stadt St.Gallen eine Veranstaltung oder einen Anlass (kommerzieller oder kultureller Art) organisieren. Alle diese Plakate müssen der Stadtpolizei vor dem Plakatieren eingereicht werden. In der Vergangenheit kam es indessen gelegentlich vor, dass auf den offiziellen Kleinplakatierungsstellen wild plakatiert wurde, so z.B. gegen das Polizeireglement und gegen Schengen/Dublin.
3. Aufgrund der kleinen Anzahl von Vorkommnissen drängt sich eine zusätzliche Reglementierung betr. Verbot von Abstimmungspropaganda an öffentlichen Gebäuden im jetzigen Zeitpunkt nicht auf, zumal nach Inkrafttreten des neuen Polizeireglements unerlaubtes wildes Plakatieren von Amtes wegen verfolgt werden kann.

Der Stadtrat empfiehlt bei dieser Sachlage, das Postulat **nicht erheblich** zu erklären.



Information über die Stellungnahme des Stadtrats

(Art. 67 Geschäftsreglement Stadtparlament)

- Die kleine Anzahl von Vorkommnissen in der Vergangenheit rechtfertigt kein zusätzliches Verbot im jetzigen Zeitpunkt.
- Im Rahmen des geltenden Kleinplakatierungskonzeptes darf bereits heute ausschliesslich für Anlässe kommerzieller und kultureller Art geworben werden.
- Mit Inkrafttreten des neuen Polizeireglements kann jegliches Anbringen von Plakaten ohne Einwilligung des Berechtigten von Amtes wegen verfolgt werden.

Auf Antrag der Direktion Soziales und Sicherheit beschliesst der Stadtrat:

Der Direktor Soziales und Sicherheit wird beauftragt, im Stadtparlament zur Frage der Erheblicherklärung in diesem Sinn Stellung zu nehmen.

Beilage: Postulat vom 24. Mai 2005

Protokollauszug:

Direktion Inneres und Finanzen (4)

Direktion Soziales und Sicherheit (3)

Stadtkanzlei

